

WIR

in der Städteregion Aachen

Jede Woche vor dem Jobcenter

Warum sich Robert Schwedt auch von schlechtem Wetter nicht schrecken lässt

Das große Interview auf Seite 3

Mit den Menschen - für die Menschen

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

Nr. 9 – November/Dezember 2013 | 3. Jahrgang | www.wir-online.org



Wohnen in Aachen bald nicht mehr bezahlbar? DIE LINKE. fordert ein Umsteuern in der Wohnungspolitik

In Aachen wird preiswerter Wohnraum immer knapper. Das belegen aktuelle Zahlen, die von der Stadtverwaltung auf Antrag der Linken zusammengestellt wurden. Die LINKE fordert Konsequenzen: Neue preiswerte Wohnungen müssen her.

Zwischen 2008 und 2012 sind in Aachen mehr als 3.000 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen. Das heißt: Die bisherige Mietpreisbindung entfällt. Der Wohnungsbesitzer kann in Zukunft eine „marktübliche“ Miete nehmen. Bis 2017 sind es noch einmal mehr als 1.600 Wohnungen. Das sind zusammen 30% des Bestandes vor 2008. Wo Mangel herrscht, schlagen viele Vermieter zu und erhöhen die Mieten, vor allem bei Neuvermietungen. Schon jetzt steigen die Mieten in Aachen deutlich.

Die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen bestätigen den Verdacht der LINKEN, dass in Aachen zu wenig neuer preiswerter Wohnraum entsteht. Ganze 467 neue Mietwohnungen nach den Förderregeln des Sozialen Wohnungsbaus sind von 2008 bis 2013 neu entstanden. Selbst bei optimistischer Prognose für die weiteren Projekte kommen in den nächsten beiden Jahren 178 hinzu.

Die Fraktion DIE LINKE im Aachener Stadtrat fordert, dass die Stadt beim Wohnungsbau radikal umsteuert. Bei der Erschließung neuer Wohngebiete sollen bis zur Hälfte der Wohnungen nach den Regeln des Sozialen Wohnungsbaus errichtet werden, also mit einem guten Standard, aber auch einer festgelegten Miete.

Ausserdem soll die in öffentlichem Besitz befindliche Wohnungsbau-gesellschaft gewoge wieder mehr neue Wohnungen bauen. Die Inha-

ber der Firma, Stadt Aachen und Sparkasse, können das durchsetzen, wenn sie es wollen. In den vergangenen Jahren ist in

Wer nicht so gut verdient, muss dann in Zukunft in den Nordkreis ziehen. Dort lebt es sich zwar auch gut, aber die Menschen haben nun



Aachen vor allem teurer Wohnraum entstanden, insbesondere Eigentumswohnungen. Besonders fatal: Es gibt in Aachen nicht allzu viele Flächen, die noch mit Wohnungen bebaut werden können. Wird die Fläche für teuren Wohnraum verplempert, ist die Sache verloren.

mal ein Recht, ihren Wohnort selbst zu bestimmen. DIE LINKE kämpft dafür, dass sie dieses Recht auch in Zukunft noch haben.

Andreas Müller,
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Rat Aachen



Mit der inzwischen sehr wahrscheinlich gewordenen großen Koalition aus CDU/CSU und SPD steht der Bundestag vor einem Demokratieproblem: Die Regierungsparteien würden über 80% der Sitze verfügen, die Opposition aus Linken und Grünen kämen auf gerade mal 20%. Das für die Demokratie notwendige Wechselspiel von Regierung und Opposition, von Rede und Gegenrede, steht zur Disposition. Von

Demokratie braucht Opposition!

einer Stunde Redezeit stünden Linken und Grünen zusammen nur noch gut 10 Minuten zur Verfügung.

Schlimmer noch: Elementare Oppositionsrechte sind an ein 25%-Quorum gebunden, so etwa die Möglichkeit der Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht oder die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen. Dies wäre jetzt angesichts des NSA-Überwachungsskandals dringend geboten. Für eine Sondersitzung des Bundestages braucht es sogar ein Drittel der Stimmen. In den nächsten Wochen wird es darauf ankommen, die Gewährleistung dieser Oppositionsrechte durchzusetzen.

Noch ist nicht bekannt, was im Koalitionsvertrag stehen wird. Ich fürchte, dass die CDU/CSU die

große Koalition in erster Linie nutzen will, um den autoritär-neoliberalen Umbau der EU zu beschleunigen.

Auf Merkels Agenda steht der so genannte Wettbewerbspakt. Mit diesem Pakt sollen nach dem Vorbild der „Programmländer“ Griechenland, Portugal, Irland und Zypern Verträge zwischen der EU-Kommission und allen Euro-Ländern geschlossen werden, die Wirtschaft und Arbeit im Interesse einer verschärften internationalen Konkurrenz umstrukturieren sollen. Konkret läuft das auf einen fundamentalen Angriff der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften hinaus.

Für DIE LINKE stellen die kommenden vier Jahre unter einer großen Koalition eine besondere Herausforderung dar. Als stärkste Oppositionsfraktion fällt uns die Aufgabe

zu, als erste auf die Vorstöße der Regierung zu antworten. Keine leichte Aufgabe für eine Opposition mit gerade einmal 10% der Sitze. Gleichzeitig wird es zentral sein, den Schulterschluss mit den zu erwartenden gesellschaftlichen Widerstandsbewegungen herzustellen. Es darf jedenfalls nicht sein, dass Angela Merkel das Land weitere vier Jahre einschläfert.

Persönlich habe ich mir vorgenommen, meine internationale und europapolitische Arbeit im EU-Ausschuss des Bundestages und im Europarat fortzusetzen. Um die Probleme der Zukunft zu lösen braucht es eine starke europäische Linke sowohl bei den Europawahlen im kommenden Mai, als auch bei den transnationalen Bewegungen, wie der Blockupy-Bewegung.

Andrej Hunko, MdB Linke



Ein Sozialtarif für Strom

...in Aachen kein Thema? Linker Antrag im Sozialausschuss abgelehnt

Die Kosten für das Wohnen, also Miete, Nebenkosten, Heizung und

Strom, haben sich in den letzten Jahren drastisch erhöht und können von immer mehr Menschen kaum noch gestemmt werden. Bundespolitische Regelungen, die dieser Entwicklung entgegenwirken könnten, wie z. B. eine armutsfeste Mindestsicherung oder ein festgelegter Strom-Sozialtarif für Menschen mit geringem Einkommen, sind in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Aus diesem Grund fordert unsere Fraktion im Rat der Stadt Aachen die Einführung eines Strom-Sozialtarifes für arme Menschen durch das kommunale Energieunternehmen STAWAG, um die hohe Zahl von ca. 2.000 Stromsperrungen pro Jahr in Zukunft zu vermeiden. Die Versorgung mit Strom gehört zur Daseinsvorsorge, von der nie-

mand ausgeschlossen werden darf.

Doch schon der Umgang mit unserem Antrag macht deutlich, dass die Politik das Anliegen unserer Fraktion aus der öffentlichen Beratung und Diskussion heraushalten wollte. Der Antrag sollte zunächst nichtöffentlich behandelt werden, obwohl hierfür keine Gründe vorlagen, und er wurde entgegen sonstiger Vorgehensweisen nicht an den zuständigen Ausschuss verwiesen, sondern im Rat behandelt. Erst auf Grund unserer Beantragung wurde das Thema in den öffentlichen Teil der Ratssitzung verlegt und dann an den Sozialausschuss verwiesen.

Dass unser Antrag dort von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde, überrascht nicht wirklich. Unglaublich war

insbesondere der Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes, wohl wissend, dass es dort angesichts der bestehenden Machtverhältnisse in Sachen Mindestsicherung

und Sozialtarif Strom wohl keine Lösungen im Sinne der von Armut betroffenen Menschen geben wird.

Der Verlauf der Ausschusssitzung hat aber auch gezeigt, wie gereizt die Mitglieder des Gremiums auf klare sozialpolitische Forderungen der LINKEN, die das Thema der zunehmenden Armut in dieser Stadt bewusst machen, reagieren. Man muss den Eindruck gewinnen, dass Armut in diesem Land von der herrschenden Politik akzeptiert wird. Dieser „Akzeptanz“ müssen wir in aller Deutlichkeit entgegen wirken, indem wir immer wieder den Finger in die Wunde legen und klare sozialpolitische Forderungen zu Gunsten der Menschen mit geringem Einkommen in dieser Stadt formulieren und in den Rat einbringen.

Leo Deumens, Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Aachen



Die Wohnkosten bei Hartz IV

Eine unendliche Geschichte

Die Kosten der Unterkunft (KdU) in der deutschen Grundsicherung

waren schon seit Beginn der Hartz-Gesetzgebung ein "Zankapfel" und Ursache vieler Gerichtsverfahren. Leider ist das Sozialgesetzbuch II an dieser Stelle unpräzise.

Übernommen wird die tatsächliche Miete samt Nebenkosten und Heizung, solange sie angemessen ist. Die Kommunen als Träger der Grundsicherung, in unserem Fall die Städteregion Aachen, geben Richtlinien heraus, aus denen die Höchstgrenzen der Kaltmiete pro Quadratmeter hervorgehen. Letztere multipliziert mit der zulässigen Wohngröße (zur Zeit 50qm für einen Single) ergibt den Betrag, den das Jobcenter für eine Woh-

nung mit einem Hartz IV-Empfänger maximal übernimmt. Ist die Wohnung teurer, muss dies aus dem ohnehin knappen Regelsatz bestritten werden.

Unter Umständen erhält der Leistungsempfänger aber auch eine Kostensenkungsaufforderung oder kann sich eine neue Wohnung suchen. Die lokalen Höchstgrenzen wurden früher aufgrund von sog. qualifizierten Mietspiegeln ermittelt. Diese wurden aber zunehmend von Sozialgerichten kassiert, so dass die Kommunen sich "grundsicherungsrelevante" Mietspiegel erarbeiten lassen mussten. Ein solcher wird für die Städteregion im Moment erstellt. In der Zwischenzeit gelten Werte aus dem Wohnungsgeldgesetz. Diese sind zwar höher als die des qualifizierten Mietspiegels, geben aber in Zeiten stark ansteigender Mietpreise (für die Stadt Aachen jeden-

falls zu beobachten) nicht immer die Wirklichkeit wider.

Für uns als LINKE bedeutet das: Augen aufhalten! Zwar mag die Begrenzung der Ausgaben aufgrund der knappen Kassen (Die Kommunen zahlen ca. 75% aller Kosten, den Rest übernimmt der Bund) gerechtfertigt sein: Für die Arbeitslosen, die sich ihr Schicksal in der Regel nicht selbst aussuchen und Opfer einer falschen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind, bedeutet eine enge Auslegung der Angemessenheit aber zusätzlichen Stress und neue finanzielle Belastungen. Ferner muss die Politik dafür sorgen, dass ausreichend preiswerter Wohnraum in annehmbarer Qualität vorhanden ist.

Aufgepasst:

Die Städteregion Aachen hat jahrelang nur 47qm für einen Singehaushalt anerkannt. Das bedeutet, dass einem Teil der



Leistungsempfänger bis Mai 2012 nicht die tatsächlichen Unterkunftskosten erstattet wurde.

Zwar hat die Städteregion nach ihrer Aussage eine automatische Überprüfung solcher Fälle durchgeführt. Demnach wurden einigen Empfängern die vorenthaltenen KdU nachträglich erstattet. Wer Zweifel hat, sollte aber sicherheitshalber seine Bescheide prüfen lassen und einen Überprüfungsantrag stellen.

Harald Siepman,
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Städteregionstag

„...man ist der Gnade oder Ungnade ausgeliefert“

Robert Schwedt von der AG Soziales im großen [WIR]-Interview



Interview mit Robert Schwedt:

Was macht die AG Soziales?

Die AG Soziales wurde ins Leben gerufen, um Schulungen durchzuführen, nach deren Besuch man in der Lage ist, sich selbst und anderen bei Problemen mit dem Jobcenter zu helfen.

Bei unseren 14-tägigen Treffen besprechen wir Themenkomplexe wie Kosten der Unterkunft (KdU), Regelsatz, Eingliederungsvereinbarung, Nebeneinkommen, Bedarfsgemeinschaften, etc. Zudem halten wir unsere Mitglieder über die neusten Urteile und Änderungen im SGB II auf dem laufenden und vermitteln Grundkenntnisse in den Sozialgesetzbüchern I bis XII und dem Rechtsdienstleistungsgesetz.

Man sollte allerdings etwas Geduld mitbringen, da man meiner Einschätzung nach ohne Vorkenntnisse ca. ein halbes Jahr braucht, bis man als Beistand auftreten und ca. ein Jahr bis man selbst beratend tätig werden kann. Die AG Soziales steht allen offen, die sich einbringen möchten. Eine Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE ist dabei nicht notwendig, da bei uns die Hilfe zur Selbsthilfe und den Anderen gegenüber im Vordergrund stehen.

Unsere Treffen finden an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat in der Zeit von 17:00 bis 19:00 Uhr im Linken Zentrum, Augustastr. 69, in 52070 Aachen statt.

Was war der Antrieb, sich für Leistungsbezieher einzusetzen?

Sich für andere einzusetzen sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu bedarf es keines "Antriebs", man sieht, dass man helfen kann und tut es einfach. Das mag pathetisch klingen, ist aber in meinen Augen der einzige Weg etwas zu bewirken. Dabei ist mir zu Gute gekommen, dass ich mich als Betroffener in den letzten Jahren intensiv mit der Hartz IV- Gesetzgebung beschäftigt habe, um nicht Opfer des Hartz IV-Systems zu werden.

Welche Probleme mit dem Jobcenter tauchen am meisten auf?

Um die Frage beantworten zu können muss ich das "Jobcenter" in zwei



Stand vor dem JC:

Seit Mai 2012 stehen wir ziemlich regelmäßig mittwochs in der Zeit von 09:00 bis 12:00 Uhr vor dem Jobcenter an der Roermonderstr. in Aachen, um vor Ort Fragen zu beantworten und auf unsere Sozialberatung aufmerksam zu machen.

Die Resonanz auf unser Angebot ist durchweg positiv. Wenn man allerdings bedenkt, wie viele einfach vorbei gehen, ohne unser Angebot wahrzunehmen, merkt man schnell, dass wir nur an der Spitze des Eisbergs kratzen. Viele scheuen sich vielleicht uns anzusprechen, weil wir unter dem Schirm der Linken stehen, oder haben eventuell sogar Angst, unser Angebot anzunehmen, weil sie Ärger mit dem Jobcenter befürchten.

Abteilungen unterteilen. Zum einen in das Fallmanagement und zum anderen in die Leistungsabteilung.

Beim Fallmanagement gibt es die meisten Probleme mit den Eingliederungsvereinbarungen. Diese sind in der Regel so gestaltet, dass der "Kunde" massiv übervorteilt wird. Bei

Biographie:

Robert Schwedt, 49 Jahre, geb. in Aachen, verheiratet, keine Kinder, Beruf: Kommunikationselektroniker, z.Z. streitbarer Hartz IV-Bezieher mit multiplen Vermittlungshemmnissen

der Leistungsabteilung treten die meisten Probleme bei den KdU (Kosten der Unterkunft) auf, dicht gefolgt von unzulässigen oder falschen Anrechnungen von Einkommen oder vorrangigen Sozialleistungen.

Welcher Fall war bisher der schwierigste? Was war der größte Erfolg?

Die schwierigsten Fälle sind immer die, in denen man auf den "Ermessensspielraum" des Sachbearbeiters oder des Fallmanagers angewiesen ist. In diesen Fällen herrscht nämlich reine Willkür, und man ist der Gnade

troffenen seine Rechte aufzeigt.

Was könnte Deiner Meinung nach die Politik tun, um den dringendsten Problemen abzuweichen?

Hartz IV abschaffen! Mir ist durchaus bewusst, dass das abgedroschen klingt, aber das Hartz IV- System macht die Menschen krank. Der ständige Druck durch die Sanktionsandrohungen, gepaart mit permanentem Geldmangel, treibt viele in die Isolation und führt zu Depressionen. Solange die Sanktionen nicht abgeschafft werden, und eine Teilhabe an der Gesellschaft durch eine wirkliche bedarfsdeckende Mindestsicherung nicht gewährleistet ist, ist jede Veränderung nur ein Herumdoktern an Symptomen.

Was sind Deine Ziele für die nächsten Jahre?

Auch auf die Gefahr hin mich zu wiederholen. Das Hauptziel muss sein, Hartz IV abzuschaffen.

Ein weiteres Ziel ist es, die Sozialberatung weiter auszubauen, um sie auch im Altkreis Aachen anbieten zu können. Dieses Ziel werden wir aber nur dann erreichen, wenn sich uns Menschen anschließen, die wie wir anderen helfen wollen, und es durch die Schulungen, die wir im Rahmen unserer AG anbieten, auch können.

Vielen Dank für das Gespräch

Das Interview führte Harald Siepmann.

WIR



Bestellschein an

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag Haus der Städteregion Zollernstraße 16 52070 Aachen
Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städteregionstag erhalten.
Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

e-mail:

wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch:

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion, Zollernstraße 16
52070 Aachen

Redaktion

Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Robert Boltz, Albert Borchardt, Hans
Janosch, Marika Jungblut, Anja Linz,
Dirk Makowski, Andreas Müller

Layout

Lasse Klopstein, Albert Borchardt

Fotos:

www.pixelio.de, wikimedia commons,

Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV
Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE
NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Druck

Euregio-Druck, 52068 Aachen,
Dresdener Straße 3

Auflage

25.000

Dank an alle, die das Erscheinen
dieser Ausgabe möglich gemacht
haben, und Dank auch an alle, die sie
in die Welt hinaus tragen.

Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe:

Redaktionsschluss Februar 2013
Ausgabe: März/April 2013



Gute Besserung!

Am 10. November war im DGB-Haus unter anderem auch die Gesundheitspolitik Thema einer AG beim kommunalpolitischen Ratschlag der Partei DIE LINKE Städteregion Aachen.

Maria Hass vom Bundesverband der Deutschen ILCO, eine Selbsthilfeorganisation und eine der Patientenvertreterinnen beim gemeinsamen Bundesausschuss - dem höchsten

Beschlussgremium im deutschen Gesundheitswesen - diskutierte mit uns Lösungsansätze zu dringenden Problemen. Was kann vor Ort verbessert werden und was müssen wir von der Landes- und Bundespolitik fordern? Worunter leidet die Bevölkerung am meisten?

Einigkeit besteht darin, dass Gesundheit eines der höchsten Güter des einzelnen Menschen und der Gesellschaft ist. Gesundheit ist eine Menschenrechtsnorm, die es politisch, von der Zivilgesellschaft und dem Einzelnen zu verwirklichen gilt. Erklärtes Leitbild und Ziel ist

für die Teilnehmer_innen die Gesundheitsdefinition der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation „Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen.“

Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“

Krankenhäuser werden zunehmend als Wirtschaftsunternehmen wahrgenommen. Beschwerden von Patienten gehen meist ins Leere. Das Vertrauen in das Gesundheitswesen nimmt ab. Als Folge von Krankheit werden Ausgrenzung, Vereinsamung, seelische Kränkungen, Überforderung, Unsicherheit, Depression gefürchtet und beklagt.

Zentrale Fragestellung war die, was auf örtlicher Ebene verbessert werden kann.

Hier kam die Gesprächsrunde darin überein, dass Öffentlichkeitsarbeit in Wohnquartieren dahingehend verbessert werden soll, dass vor Ort das Wissen über Hilfsmöglichkeiten verbreitert wird. Es soll allen kommunalpolitischen Entscheidungen entgegengetreten werden, die Ungleichheit vergrößern (z.B. Privatisierungen der Gesundheitsversorgung). Der kommunale Haushalt soll einem Fairnesstest (attac) unterzogen werden: Was befördert und was behindert gute Gesundheitsversorgung für alle in der StädteRegion Aachen?

Helga Ebel,
Sachkundige Bürgerin
im Städteregionstag Aachen



Aber was kommt bei Bewohner_innen in der Städteregion von diesem Leitbild an? Welche Möglichkeit haben sie, auf ihre Gesunderhaltung Einfluss zu nehmen?

Als dringende Probleme werden genannt, dass Gesundheitsversorgung nicht für alle Menschen erreichbar ist; Armut führt zusätzlich oft zu einem erhöhten Gesundheitsrisiko. Des Weiteren herrscht die Angst bei vielen, nicht die richtige Diagnose und beste medizinische Behandlung beim Arzt zu bekommen,

Ungleichheit ist die Mutter aller Probleme

Warum Wohlstandsgesellschaften immer ärmer werden



Lesetipp von Anja Linz

Die Epidemiologen Pickett und Wilkinson haben einen virulenten Faktor in den reichsten Ländern der Welt identifiziert, den Sprengstoff für das soziale Gefüge und Ursache vieler gesundheitlicher Probleme in der Gesellschaft: Die Ungleichheit.

Auf Grundlage statistischer Erhebungen haben sie Lebenserwartung, Verbrechensrate, Drogen- und Alkoholkonsum, geistige Gesundheit und andere sozio-ökonomische Daten international verglichen und den starken Zu-

sammenhang zwischen Einkommensschere und sozialen Mangelerscheinungen in der Gesellschaft festgestellt.

In Ländern mit hohem Einkommensgefälle wie z.B. USA, Großbritannien und Australien verfügen die 20 % der Einkommensstärksten über ein bis zu neunmal höheres Einkommen als die 20 % Einkommenschwächsten.

Mit dem Grad der Ungleichheit steigen Gewalt, Mord, Suizid, Kindersterblichkeit und andere soziale Probleme signifikant an.

In Ländern mit geringeren Einkommensunterschieden wie Japan und

den skandinavischen Ländern haben die Menschen nicht nur eine höhere Lebenserwartung und genießen ein höheres Sicherheitsgefühl, sondern auch größere Chancen, sozial aufzusteigen.

Fällt der soziale Vergleich mit anderen zu unserem Ungunsten aus, schwindet unser Vertrauen und das gemeinschaftliche Engagement, entwickeln wir mehr Ängste und Depressionen. Eine Studie über das Ausmaß der Ängste von amerikanischen Kindern und Jugendlichen im Zeitraum von 1952 bis 1993 zeigt den deutlichen Aufwärtstrend für vermehrte Angstgefühle.

„Am Ende des Befragungszeitraumes hatte ein Student im Durchschnitt 85 Prozent mehr Ängste als der Bevölkerungsdurchschnitt zu Beginn der Periode, und in den

späten 1980er Jahren waren die Ängste bei Kindern höher als bei Psychatriepatienten in den 1950er Jahren.“
(www.equalitytrust.org.uk)

Fazit: Wirtschaftswachstum und materieller Wohlstand führen in reichen Gesellschaften nicht zu mehr Zufriedenheit und Lebensqualität. Vielmehr verstärken hohes Einkommensgefälle und Statusunterschiede die sozialen und ökonomischen Missstände. Was wir tun können, um in Zukunft mehr Gleichheit und Lebensqualität zu erreichen, lesen sie hier:

Lesetipp
„Gleichheit ist Glück“
Autoren: Richard Wilkinson, Kate Pickett, Berlin 2009



ASEAG...der Gute Einstieg

...so steht es auf vielen Bussen. Am

6. November gab es wieder ca 100 Ausfälle.

Schon im Sommer diesen Jahres kam es immer wieder zu anhaltenden Ausfällen im städteregionalen Linienverkehr. Dies wurde mit Krankheitsfällen und Urlaub des Personals begründet. Die Arbeitnehmervertretung sah die Gründe eher in den politisch vorgegebenen Sparmaßnahmen der Aseag begründet.

Schüler warten vergeblich auf den Bus, Schulen werden über die Ausfälle nicht informiert, Arbeitnehmer kommen zu spät zur Arbeit, das sind mitunter die schlimmsten Auswüchse dieses Dilemmas. Fahrkarten von Schülern und Monatskarten sind schließlich bezahlt und somit besteht hier auch ein Anspruch auf Beförderung! Natürlich ist dieser Zustand für alle, die den ÖPNV nutzen ärgerlich, und wer kann, steigt da lieber wieder auf das Auto um. Das ist nicht Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik,

denn verstopfte Straßen und Umweltschäden sind dann die Folgen. DIE LINKE im Städteregionstag hatte daraufhin im August einen Antrag gestellt, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen und um Auskunft gebeten, wie die Städteregion als Aufgabenträger im Altkreis diese Missstände in Zukunft zu beheben gedenkt. Denn es gilt hier die politischen Rahmenbedingungen für eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Verkehrsunternehmen zu ermöglichen.

Es wurde Besserung gelobt, und es werde auch Personal eingestellt werden, wobei hier zunächst eine Ausbildung absolviert werden müsste, hieß es.

Auch DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen hatte das Thema aufgegriffen. Der Arbeitnehmervertreter Claus Schramm wurde trotz des Antrags der LINKEN vom grünen Ausschussvorsitzenden nicht geladen. Er wurde sogar des Saales



verwiesen, als er sich „unerlaubt“ aus den Zuschauerrängen zu Wort meldete. Die Wahrheit wollte man nicht hören!

Nun beginnt die Winterzeit, und sicher würden viele gerne auf den Bus umsteigen und Rad und Auto in der Garage stehen lassen. In der Adventszeit wird für den Besuch des Weihnachtsmarktes geworben, und die Menschen aus der Region kommen zum Einkauf nach Aachen. Die Busse waren schon im letzten Jahr so voll, dass diese Fahrten wirklich keine Freude machen und nun wird das Problem durch die Ausfälle noch verstärkt.

Schade, dass so der ÖPNV immer mehr an Attraktivität verliert. Das Problem ist sicherlich noch lange nicht gelöst, und es erfordert dringend eine neue Personal- und Preispolitik um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen und auch die Missstände, die auf dem Rücken des Personals ausgetragen werden zu beheben. DIE LINKE bleibt auf jedenfall am Ball. Zuschriften von Beschäftigten und Fahrgästen sind hier herzlich willkommen.

Marika Jungblut,

Stellv. Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE im Städteregionstag



Das Redaktionsteam und die Austeiler der WIR bedanken sich bei unseren Leserinnen und Leser für das entgegengebrachte Vertrauen.

**Wir wünschen allen ein
Frohes Weihnachtsfest
und ein gutes
Neues Jahr 2014**



Gegendarstellung

In der Zeitschrift WIR in der Städteregion, Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen, Nummer 8, Juli/August 2013, 3. Jahrgang wird unter dem Artikel "Kurkliniken in Bad Aachen gewollt ausgeblutet?" eine unwahre Behauptung über die Katholische Stiftung Marienhospital Aachen verbreitet.

Dort heißt es:

"Die geplante 35 Millionen Euro teure Zusammenlegung von Rheumakli-

nik und Schwertbad will die katholische Stiftung Marienhospital Aachen, (Marienhaus Holding) offenbar auf Kosten der Beschäftigten finanzieren, ..."

Diese Behauptung ist unwahr. Die Katholische Stiftung Marienhospital Aachen ist nicht Träger der Rheumaklinik oder des Schwertbades.

Trägerin der Einrichtung ist die Marienhaus GmbH, die zu der Katholischen Stiftung weder rechtlich noch wirtschaftlich Beziehungen unterhält.

Aktiv gegen Unrecht und Behördenwillkür

Suspendierung nach Kritik am Hartz IV-System

Im Linken Zentrum Aachen war jeder Stuhl besetzt. Mit großem Interesse lauschten Hartz IV-Experten und Betroffene, was Inge Hannemann aus ihrem Alltag einer Arbeitsvermittlerin berichtete.

Seit sie ab Februar 2013 Missstände und Folgen des Hartz-IV-Systems auf Ihrer Webseite (www.altonabloggt.wordpress.com) öffentlich machte, gilt sie als unerwünschte Person im Jobcenter Hamburg-Altona. Konsequenz: Suspendierung vom Dienst.

Als Fallmanagerin für Jugendliche von 15-25 Jahren spürte und kritisierte sie den zunehmenden Druck auf Erwerbslose, jede (un)zumutbare Arbeit anzunehmen. Mit einer Eingliederungsvereinbarung werden jedem erstmal viele Pflichten auferlegt. Verbunden mit einer rigiden Sanktionspraxis, die jedes noch so kleine Vergehen (z. B. Terminversäumnisse) mit Geldkürzungen straft, wird seit 2006 verstärkt ein Angstklima des gegenseitigen Misstrauens geschürt.

Für die Quotenerfüllung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) werden Führungskräften Prämien gezahlt. Nicht nur für Vermittlung in immer seltenere Vollzeitstellen; auch bloße Beschäftigungsmaßnahmen wie 1-€-Jobs, Bewerbungstraining usw. gelten als Vermitt-

lungserfolge und entlasten die Arbeitslosenstatistik.

Können Langzeitarbeitslose in Zeitarbeit vermittelt werden, profitieren auch diese Firmen von gut ausgebildeten Arbeitslosen, die regelmäßig als Helfer eingestellt und als Fachkräfte teuer weiterverliehen werden.

Das Gesundstoßen an verzweifelt Arbeit suchenden Menschen hat seit 2007 zur Zunah-



Inge Hannemann, Agi Schwedt

me der Zeitarbeitsfirmen um 270 Prozent geführt. Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz vervielfältigen sich. Gegen falsche Abrechnungen oder gestrichene Urlaubstage wagen Menschen am Rande der Gesellschaft kaum aufzubegehren. Eines der Symptome wachsenden Unrechts seit der Hartz-IV-Einführung: „Die Agenda 2010 kann als Konstrukt der Unterdrückung, Erpressbarkeit, Armut, sozialen Ungerechtigkeit und Behördenwillkür betitelt werden“.

Inge Hannemann will nicht länger zuschauen, wie mit dem Kontroll- und Bestrafungsinstrument „Sanktion“ Menschen in Obdachlosigkeit, Kriminalität und psychische Erkrankung gedrängt werden.

Notfalls geht sie bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, um Verletzungen der Menschenwürde auch und gerade an ihrem Arbeitsplatz im Jobcenter anprangern zu können. Ihr Ziel ist die Reformierung des Sozialgesetzes und eine Bewusstseinsveränderung in der Gesellschaft, damit Ausbeutung und Verstöße gegen Menschenrechte keine Zukunft haben!

Anja Linz

Stammtisch der LINKEN jetzt auch in Baesweiler

Die erfolgreiche Wahnachlese am 13. Oktober 2013 gab den Ausschlag. Direktkandidatin Marika Jungblut hatte nach der Bundestagswahl in das Restaurant Dautzenberg am Reyplatz eingeladen und es kam zu einem lebendigen Austausch vieler offener Fragen. Viele Baesweiler kamen, um sich zu informieren und DIE LINKE einmal kennenzulernen. Auch der Wunsch nach weiteren Treffen kam an diesem Abend von den Gästen. Daraufhin wurde ein regelmäßiges Treffen vereinbart.

Nun gibt es endlich auch in Baesweiler einen Stammtisch der Partei DIE LINKE. Das erste Treffen fand am 12.11.13, ebenfalls bei Dautzenberg statt. Hier gab es die Möglichkeit, sich auszutauschen, kennen zu lernen und aktuelle kommunalpolitische Themen zu diskutieren.

Der Ortsverband Alsdorf-Baesweiler wird diese Treffen ab jetzt regelmäßig anbieten, wozu Sie, die Bürgerinnen und Bürger, herzlich eingeladen sind. Sprechen Sie an, was Ihnen unter den Nä-

geln brennt. Wir werden dann gemeinsam überlegen, welche weiteren Schritte sinnvoll sind. Der Stammtisch soll aber auch dazu dienen, sich in lockerer Runde einmal kennen zu lernen. Die entsprechenden Termine entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Terminkalender auf der Seite des Kreisverbandes Aachen oder des OV Alsdorf-Baesweiler. Wir freuen uns auf Ihre rege Teilnahme und Unterstützung bei der Etablierung der Partei DIE LINKE in den Kommunen in Voraussicht der Kommunalwahlen 2014.

Vielen Dank!



DIE LINKE.

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
 Augustastraße 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen

Augustastraße 69, 52070 Aachen
 E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
 Tel. 0241-9902531
 Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum

Augustastraße 69, 52070 Aachen
 Tel. 0241-99063820
 Öffnungszeiten:
 Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter <http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Impressionen zur Wahlkampfveranstaltung am 07. 09. 2013 „Geben Sie Ihre Stimme nicht ab. Erheben Sie sie!“



Marika Jungblut, Sahra Wagenknecht, Andrej Hunko

KONSEQUENT SOZIAL

DIE LINKE hilft bei Anträgen, liest Bescheide und begleitet Sie bei ihrem Weg ins Jobcenter. Wir bieten außerdem Infos zu Regelsatz und Mehrbedarf, Miete, Zwangsumzug und Renovierung, Eingliederungsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs.

Hartz-IV-Treff

Mittwochs, 15 bis 17 Uhr
Linkes Zentrum Aachen
Augustastr. 69

LINKE Sozialsprechstunde

immer am 2. und 4. Mittwoch im
Monat, 17 bis 19 Uhr
Linkes Zentrum Aachen
Augustastr. 69
im Auftrag von MdB Andrej Hunko

LINKE Sozialsprechstunde

immer am 3. Montag im Monat,
15.30 bis 18 Uhr
Rathaus Eschweiler, Raum 13
Johannes-Rau-Platz 1
im Auftrag von Ratsmitglied Albert Borchardt



Frühstück für alle! - ... und keiner is(s)t allein

Frühstück im linken Zentrum Aachen,
jeweils am letzten Sonntag des Monats von 10 bis 13 Uhr

In lockerer Atmosphäre können Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden oder es kann im konkreten Austausch mit Kommunal- und Bundespolitikern das Gespräch gesucht werden.

DIE LINKE.
STÄDTEREGION AACHEN

TTIP - Ein Generalangriff auf demokratisch erstrittene Standards



Die Verhandlungen für die größte Freihandelszone der Welt haben im Sommer 2013 am Rande des G8 Gipfels begonnen und sollen in ca 2 Jahren abgeschlossen sein. Die Frage, die sich nun stellt ist: Was bedeutet das für die Menschen der betroffenen Länder? Stehen uns der Abbau von Umweltstandards, Arbeitnehmerrechten und Verbraucherschutz bevor?

Kurz **TTIP** = Transatlantic Trade and Investment Partnership, z.D. Transatlantische Handels- und Investment-Partnerschaft.

Auf den Verhandlungstisch kommt so ziemlich alles: Gesundheit, Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards, Verbraucher-

schutz, Finanzmarktregulierung u.v.m. Stets mit dem Ziel, unterschiedliche Standards anzugleichen – sprich: abzubauen. Als einzige Ausnahme hat die französische Regierung durchgesetzt, dass audiovisuelle Medien ausgenommen werden – vorerst. Der Kompromiss lässt eine Hintertür offen, durch die auch dieser Bereich später wieder auf die Agenda genommen werden kann.

Der Phantasie ob möglicher Konsequenzen beiderseits des Atlantiks sind keine Grenzen gesetzt.

Einige Beispiele:

- Eine Angleichung von Standards im Agrarbereich könnte bspw. bedeuten, dass gentechnisch manipulierte Lebensmittel ohne Kennzeichnung auf den europäischen Markt gelangen.
- In der chemischen Industrie könnten Angleichungen bspw. dazu führen, dass das umweltschädliche „Fracking“ zur Rohstoffgewinnung zur gängigen Praxis wird.
- Die jüngsten, zaghaften Ansätze der Finanzmarktregulierung könnten durch die TTIP wieder vom Tisch gefegt werden. Vor allem in den USA könnte es so zu einer neuen De-Regulierungswelle kommen.
- Der schwache ArbeitnehmerInnen-Schutz in den USA, der sich bspw. in der Nicht-Unterzeichnung zentraler globaler Standards (ILO-Normen) widerspiegelt, könnte zu einer Aushöhlung gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten in der EU führen.
- Ein umfassender Schutz geistigen Eigentums könnte den Zugang zu Wissen exklusiver machen und den Einfluss von Banken und Konzernen auf Bildung und Wissenschaft erhöhen.
- Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, Bildung, Gesundheit etc.) könnte es zu einer Privatisierungswelle kommen – zu erwarten wären steigende Preise und sinkende Qualität.

Die Verhandlungen um die TTIP sind im Kontext der globalen Neoliberalisierungswelle äußerst relevant. Wenn sie erfolgreich ab-

geschlossen werden, hat das weitreichende negative Auswirkungen in fast allen Bereichen. Kompromisse im Sinne eines Freihandelsabkommens mit hohen sozialen und ökologischen Standards sind unrealistisch. Das ergibt sich schon aus einem Blick auf die Liste der Verhandlungsführer.

Die transatlantische, neoliberale Attacke lässt sich nicht progressiv umgestalten. Entweder es gibt ein neoliberales Abkommen, das die Interessen der Finanz- und Wirtschaftseliten bedient, oder es gibt kein Abkommen. Deshalb kann es für uns nur darum gehen, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

Die bisherigen Errungenschaften im Bereich der Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards, des Datenschutzes sowie der Verbraucherrechte sind keine Verhandlungsmasse.

Albert Borchardt, *Attac Inde-Rur*

<http://www.attac-netzwerk.de/inde-rur>



Leserbrief von Gabi Halili aus Stolberg zur Situation der Mieter des Wohnblocks in der Oststraße in Stolberg

Im bekannten Fall hat der Vermieter seine Rechnung nicht an den Wasserlieferanten bezahlt – jetzt soll den Mietern, die ihre Wasserkosten an den Vermieter korrekt bezahlt haben – das Wasser gesperrt werden.

Glück gehabt, Wasser läuft - denn in letzter Minute wurde gezahlt!!

Hierzu müsste nun die rechtliche Lage geprüft werden. Schließlich sind die Mieter ihrer Pflicht nachgekommen, ergo müsste aus logischer Sicht dem Vermieter das Wasser gesperrt werden. Aber auch hierzu müsste der klare "Menschenverstand" NEIN! sagen. Denn wir wissen und kennen nicht den Grund.

Es gibt im Leben Situationen, die einfach selbst nicht zu beeinflussen sind, beispielsweise längere Krankheit, unerwartete Schicksalsschläge oder, oder...

Immer häufiger ist zu lesen, dass Menschen in Deutschland das Wasser oder der Strom abgesperrt wird. Man sollte sich fragen, warum gibt es diese drastische Entwicklung? In Zeiten der großen Krise kann das nicht verwundern. Ganz sicher wird niemand "bewusst" seine Wasserechnung nicht bezahlen wollen.

Auch der "schuldige" Vermieter sollte weiterhin das Recht auf Wasser haben. Wasser ist die "Existenzgrundlage" menschlichen

Lebens! Ich jedenfalls möchte nicht daran beteiligt sein, wenn ein Mensch aufgrund von Wassersperre krank wird oder gar daran letztlich sterben kann.

Möglich ist zunächst einmal, dass dem Vermieter im vorliegenden Fall, die Pfändung seiner Wohnungen angedroht wird oder aber eine Wasserversorgung nur zu einer bestimmten Tageszeit gewährleistet wird. Wer möchte diese Unannehmlichkeiten schon auf Dauer hinnehmen!?

Letztlich geht es aber hier nicht nur um die Abstellung des Wassers. Hier geht es um's "Große Ganze"! Der Stärkere, und das ist heute derjenige mit dem größeren Geldbeutel der bestimmt, ob und wann ein Grundbedürfnis für den "Schwächeren" eingestellt wird? In solch einer Gesellschaft möchte ich nicht leben.

Die Verfügbarkeit von Wasser entscheidet über Leben und Tod, über Wohlstand oder Verelendung. Jeder muss daher ohne wenn und

aber ein Recht auf sauberes Trinkwasser haben.

Denn wird es jemandem verwehrt, kann derjenige womöglich dadurch im schlimmsten Fall zu Tode kommen. Wollen wir das?



Ihre Meinung ist uns wichtig!

eMail:
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch
Fraktion DIE LINKE im
StädteRegionstag
Stichwort "Leserbrief"
Haus der Städteregion
Zollernstraße 16
52070 Aachen